

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

IV. Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik

Am 12./13. Mai 2006 findet in Wien unter dem Motto "Stärkung der biregionalen strategischen Assoziation" das IV. Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik statt. Auf der diesjährigen Agenda stehen die Themen Demokratie und Menschenrechte, der Kampf gegen Armut und Ungleichheit sowie Vorschläge zur Intensivierung der europäisch-lateinamerikanischen Partnerschaft. Überschattet wird der Gipfel zum einen von Streitigkeiten bei den laufenden WTO-Verhandlungen, die ihrerseits eine Einigung über den Abbau von EU-Zöllen auf Agrarimporte und die Beseitigung von Handelshemmnissen lateinamerikanischer Länder für Industriegüter und Dienstleistungen im Rahmen eines geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem MERCOSUR blockieren. Zum anderen gefährden immer wieder Streitigkeiten zwischen den MERCOSUR-Mitgliedern die Integration auf dem südamerikanischen Subkontinent.

Im September 1984 trafen sich erstmals Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und der zentralamerikanischen Länder Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama in San José zu Gesprächen. Seitdem finden im sog. **San-José-Dialog** jährliche Treffen statt. Auch mit der 1986 entstandenen sog. „**Rio-Gruppe**“, der mittlerweile sämtliche lateinamerikanische Staaten und die meisten Karibikstaaten angehören, unterhält die EU Kontakte in Form jährlicher Außenministertreffen. Das bedeutendste politische Forum des transatlantischen Dialogs ist jedoch das Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und Lateinamerikas und der Karibik (sog. **EU-LAK-Gipfel**). Auf dem I. Treffen in Rio de Janeiro im Juni 1999 hatten sich beide Seiten zu dem Ziel einer strategischen Partnerschaft bekannt. Auf dem II. EU-LAK-Gipfel 2002 in Madrid wurde vereinbart, mit den zentralamerikanischen Staaten Verhandlungen über eine vertiefte Zusammenarbeit aufzunehmen. Die Teilnehmer des III. EU-LAK-Gipfels in Guadalajara, Mexiko, kamen überein, möglichst rasch ein Assoziationsabkommen zwischen der EU, den Andenstaaten und den zentralamerikanischen Staaten auszuarbeiten.

Die EU ist mittlerweile der größte Geldgeber im Bereich der **Entwicklungszusammenarbeit**, und nach den USA der **wichtigste Handelspartner** und **ausländische Investor** für die Länder Lateinamerikas und der Karibik. Allein in den letzten zwei Dekaden hat sich das bilaterale Handelsvolumen mehr als verdoppelt.

Den Staaten Lateinamerikas ist vor allem an einem **ungehinderten Zugang ihrer Agrarprodukte** in die EU gelegen. Für die EU ist Lateinamerika ein wichtiger Absatzmarkt für eigene Waren und Produkte. Deshalb unterstützt die EU dort nach dem Grundsatz des „offenen Regionalismus“ die Bildung regionaler Handelsblöcke. Während die EU inzwischen **Freihandelsabkommen mit Mexiko (2000) und Chile (2002)** abschließen konnte, blieben die seit 1999 laufenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten des **MERCOSUR** (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) bisher ohne konkretes Ergebnis. Umstritten sind dabei gleich mehrere Themenfelder. Da die Produktion von Weizen in Argentinien, Reis in Uruguay und Mais in Paraguay sowie die von Fleisch aus der Region hauptsächlich auf den Weltmarkt ausgerichtet sind, ergeben sich Konflikte mit der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** der Gemeinschaft. Ein weiteres Hindernis sind die hohen **Einfuhrzölle** des MERCOSUR auf Industriegüter und die Weigerung, den Dienstleistungsbereich und den staatlichen Sektor zu liberalisieren.

Der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem MERCOSUR war ursprünglich für 2004 geplant, dann aber immer wieder verschoben worden. Die EU bot zwar einen verbesserten Marktzugang im Agrarsektor an, weigert sich allerdings, weitere Zugeständnisse zu machen, solange die Doha-Runde zu keinem Ergebnis kommt.

Gleichzeitig wird der MERCOSUR immer wieder von inneren Streitigkeiten erschüttert, so dass der angestrebte enge Zusammenschluss in weite Ferne rückt. Jüngstes Beispiel ist die heftige Kontroverse zwischen Uruguay und Paraguay um den Bau einer Papierfabrik.

Der Aufbau offizieller Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten Lateinamerikas begann in den sechziger Jahren und konzentrierte sich zunächst auf die **Entwicklungszusammenarbeit**. Mittels der Verordnung über Finanzielle und Technische Zusammenarbeit unterstützt die EU seitdem die lateinamerikanischen Entwicklungsländer Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica, Panama, Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Peru und Bolivien. Eine neue Verordnung für die Zusammenarbeit für den Zeitraum 2007-2013 wird gerade vorbereitet. Seit 1996 wurden im Durchschnitt ca. 500 Mio. € jährlich für Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt. Dazu kommen Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Außerdem profitieren diese Länder vom **Allgemeinen Präferenzsystem (APS)**, das für den Export in die EU für die meisten Agrarprodukte Zollvorteile gewährt. Im Juni 2005 wurde eine neue, bis 2008 geltende APS-Verordnung verabschiedet, deren Vorteilsgewährung an die Einhaltung internationaler Menschenrechtskonventionen und Umweltschutzstandards sowie einer guten Regierungsführung gebunden ist.

Die karibischen Staaten sind mit Ausnahme Kubas durch das **Cotonou-Abkommen** mit der EU verbunden. Die EU unterstützt dort vor allem den Aufbau der Infrastruktur und Reformen der Wirtschaftsstrukturen. Im März 2006 beschloss die EU eine neue Karibikstrategie als Leitlinie für die künftige Zusammenarbeit.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit konzentriert sich auf die **Armutsbekämpfung**. Trotz eines beachtlichen Wirtschaftswachstums in den zurückliegenden Jahren lebt fast die Hälfte der

Bevölkerung (hauptsächlich jene indigenen Ursprungs) unter den Bedingungen von Armut und sozialer Ungleichheit.

Aus lateinamerikanischer Sicht sind engere Beziehungen zur EU vor allem deshalb erstrebenswert, um ein **Gegengewicht** zum **dominierenden Einfluss der USA** zu schaffen. Demgegenüber betrachtet die EU die Staaten Lateinamerikas als wichtige Partner in der internationalen Politik. Beide Seiten vertreten einen **multilateralen Ansatz** und haben gemeinsame Standpunkte beim Internationalen Strafgerichtshof, in der Abrüstungspolitik, der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie in der Menschenrechtspolitik.

In Vorbereitung des EU-LAK-Gipfels legte die Kommission im Dezember 2005 ein **Strategiepapier für eine „verstärkte Partnerschaft“** vor. Darin schlug sie den Ausbau der biregionalen Partnerschaft durch den Abschluss von Assoziations- und Freihandelsabkommen mit allen lateinamerikanischen Ländern vor. Mit Mexiko und Chile, mit denen Abkommen bereits existieren, sollten diese inhaltlich erweitert werden.

Das Europäische Parlament (EP) begrüßte im März 2006 zwar die beabsichtigte Neuausrichtung der EU-Lateinamerikapolitik, bemängelte aber, dass „die derzeitigen Beziehungen den Erwartungen einer echten Strategischen Partnerschaft weiterhin weder in politischer und sicherheitspolitischer noch handels-, sozial-, und haushaltspolitischer Hinsicht gerecht werden“. Das EP forderte den Abschluss des Freihandelsabkommens mit den MERCOSUR-Staaten auf dem Wiener Gipfel und die Verwirklichung eines alle Regionen umfassenden Globalen Interregionalen Assoziationsabkommens.

Zur Verstärkung der strategischen Partnerschaft forderte das EP die Gründung einer Transatlantischen Versammlung EU-Lateinamerika und die Schaffung einer Europäisch-Lateinamerikanischen Freihandelszone bis 2010.

Quellen und Literatur:

- http://www.europa.eu.int/comm/external_relations/la/index.htm (zuletzt geladen am 9. März 2006).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, KOM (2005) 636, Brüssel, den 8.12.2005.
- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments: Bericht über eine verstärkte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, 13.3.2006, PE 367.748v04-00.
- Elmar Brok: Die Europäische Union und Lateinamerika: Kooperationsansätze und -hindernisse, in: Europa und Lateinamerika: auf dem Weg zu strategischer Partnerschaft?, 24. Sinclair-Gespräch, Frankfurt am Main 2005, S. 33-37.
- Jörg Schneider/Nadine Wethkamp: Die Lateinamerikapolitik der EU, Info-Brief der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, 4. Januar 2005, WF XII 161/04.